

bitte ich um das Handzeichen. - Das muß bitte gezählt werden, die Schriftführer mögen bitte zählen. - Wer ist dagegen, daß das an den Haushaltsausschuß überwiesen wird? - Ich denke, die Enthaltungen brauchen wir nicht zu zählen. Bevor ich das Ergebnis bekomme, können wir schon weiter abstimmen.

Wer ist dafür, daß das an den Ausschuß Deutsche Einheit überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist das zur Mitberatung an den Ausschuß Deutsche Einheit überwiesen worden.

Wer ist dafür, daß das noch an den Sonderausschuß zur Auflösung des MfS/AfNS überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Die Überweisung an den Haushaltsausschuß ist mit 119 gegen 87 Stimmen beschlossen. Damit ist die Frage der Prüfung, ob es eine Finanzvorlage ist, erledigt.

Jetzt ist der Antrag gestellt worden, daß über den Zeitpunkt, wann wieder beraten wird, abgestimmt werden soll. Ich mache Ihnen einen Formulierungsvorschlag, der kein Datum nennt, sondern der sagt, daß das sobald als möglich wieder vorgelegt werden soll, und zwar mit der Maßgabe, daß damit dieses Gesetz noch in den Einigungsvertrag aufgenommen werden kann. Terminsetzung muß so sein, daß das noch in dem Einigungsvertrag mit berücksichtigt werden kann.

Wer stimmt dieser Terminsetzung mit dieser Maßgabe zu? Den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? Dann stelle ich fest, daß das bei einer Enthaltung so beschlossen worden ist. Ich denke, daß das auch ein wichtiger Hinweis für die Verhandlungsdelegation in Sachen Einigungsvertrag ist. - Danke schön.

(Beifall, vor allem bei der SPD und beim Bündnis 90/Grüne)

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 15:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne und der Fraktion der SPD, betreffend Empfehlungen an den Verwaltungsrat der Treuhandanstalt
(Drucksache Nr. 221)

Zunächst hat zur Einführung der Abgeordnete Gerlach von der Fraktion der SPD das Wort.

Gerlach für die Fraktion der SPD:

Werter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Bevor ich einige Worte zur Einbringung dieser Drucksache Nr. 221 sage, möchte ich Sie bitten, diese Drucksache zur Hand zu nehmen und den dritten Abschnitt zu streichen. Das beruht auf einem technischen Versehen. Es ist der Abschnitt, der beginnt: „Auf dem Energie-Hearing“ usw.

Die SPD-Fraktion stellt gemeinsam mit der anderen Einbringerfraktion, Bündnis 90/Grüne, fest, daß unsere Bedenken gegenüber dem Stromvertrag auch nach den Aussprachen hier im Parlament, nach den Worten von Minister Steinberg und auch nach dem öffentlichen Hearing, das vom Umweltausschuß abgehalten wurde, nicht beseitigt werden konnten.

Die Kommunen, vor allem die größeren Kommunen - ich kann es ganz speziell von den Städten Chemnitz, Leipzig und Dresden berichten -, drängen uns immer wieder, fordern uns auf, möglichst darauf hinzuwirken, daß dieser Stromvertrag nicht so abgeschlossen wird, wie er uns vorgestellt wurde. Es gibt rechtliche und vor allem ökologische Bedenken. Wir haben die Argumente hier im Haus schon ausgetauscht, ich möchte sie nicht noch einmal wiederholen.

Es stimmt mich sehr nachdenklich, daß gegenteilige Meinungen immer nur aus den ehemaligen Energiekombinaten kommen. Ich habe bereits gestern ein solches Telegramm erhalten. Auch das Drängen auf eine schnelle Lösung, das immer wieder angebracht wird - das Winterelement ist ja inzwischen fallen

gelassen worden - zeigt, daß hier offensichtlich nicht die Sorge um das Wohl der DDR-Bürger im Vordergrund steht, sondern daß es wohl mehr darum geht, daß hier ein schnelles Schaffen von Tatsachen beabsichtigt ist, bevor eine neue Störgröße für diesen Vertrag auftaucht, nämlich die Länder. Und genau das soll diese Empfehlung bewirken, daß wir das Mitspracherecht der Länder behalten.

Ich möchte hier auch nicht verschweigen, daß bei einer gestrigen Aussprache im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorschutz die CDU-Mehrheit gegen diesen Vorschlag gestimmt hat.

Ich bitte Sie, dieser Empfehlung Ihre Stimme zu geben. Danke schön.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Dr. Dörfler von der Fraktion Bündnis 90/Grüne.

Dr. Dörfler für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als miteinbringende Fraktion dieser Empfehlung an die Treuhand möchte ich ausdrücklich betonen, daß es hier um Überlebensfragen der Kommunen geht. Es sind nicht nur die wenigen Städte, die hier genannt wurden; es sind inzwischen 150 Städte in der DDR, die den Wunsch haben, die Energiewirtschaft in die eigene Hand, in die eigene Regie zu übernehmen. Dem steht dieser Stromvertrag in der jetzigen Fassung entgegen. Es ist also letzten Endes eine Geldfrage. Und wir haben heute von dieser Stelle schon des öfteren gehört, daß unsere Kommunen Geld brauchen, und dieses Geld können sie sich nur selbst erwirtschaften, und eine der Haupteinnahmequellen der Kommunen ist nun einmal der Verkauf von Strom.

Aus diesen Gründen möchte ich ausdrücklich bitten, im Interesse der Kommunen und der Bewohner der Städte und Gemeinden diesem Antrag zuzustimmen. Danke schön.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne, SPD und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion CDU/DA der Abgeordnete Klinkert.

Klinkert für die Fraktion CDU/DA:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir erleben heute den letzten verzweifelten Versuch von Teilen der Opposition, sozialistisches Wunschenken statt wirtschaftlicher Vernunft zum bestimmten Faktor der Energiepolitik machen zu lassen.

(Beifall bei CDU/DA und DSU,
Unmutsäußerungen bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Nachdem der Ministerrat, die Treuhand, die Gewerbeaufsicht und das Kartellamt diesen Vertrag gebilligt haben und die Industriegewerkschaft Bergbau, Energie und Wasserwirtschaft diesen Vertrag geradezu fordert, soll unter Beugung der Geschäftsordnung dieses Hohen Hauses mit einer Scheindemokratie eine Verunsicherung des Exekutivorgane erreicht werden.

(Proteste bei SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS,
Beifall bei CDU/DA und DSU)

(Frau Birthler, Bündnis 90/Grüne:
Was soll denn das jetzt? Blödsinn!)

Dieser Vertrag ist ein wirtschaftlicher Vorgang ...

(Zurufe von SPD und Bündnis 90/Grüne)